

Heimische Produktion unter Druck

SUR abgewendet, doch die Lage bleibt angespannt!



Polona Globocnik, Geschäftsführerin BOV (li)
Manfred Kohlfürst, Präsident BOV (re)

Die warmen Temperaturen haben dazu geführt, dass die Vegetationsperiode im Obstbau dieses Jahr etwa drei Wochen früher begonnen hat. Der frühe Saisonstart und die wechselhaften Wetterbedingungen stellen nicht nur ein Problem aufgrund von möglichen Spätfrösten dar, sondern erfordern oftmals auch einen verstärkten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.

Noch vor wenigen Monaten war die nachhaltige Nutzung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) ein wichtiges politisches Thema, das darauf abzielte, den Einsatz von PSM auf EU-Ebene um 50% zu reduzieren. Der erfolgreiche Widerstand gegen diese Verordnung und deren Abwendung ist ein bedeutender Erfolg für die Interessensvertretung, den sich zuvor niemand zu erhoffen gewagt hatte. Wir sind weiterhin erleichtert, dass diese Gesetzesvorlage in ihrer ursprünglichen Form nicht bestätigt und umgesetzt wurde.

PFLANZENSCHUTZ BLEIBT HEIKLES THEMA

Trotz dieser anfänglichen Erleichterung scheint es aber nun, dass uns die Einschränkungen der SUR auf Umwegen erreichen. Die Lage hinsichtlich der Verfügbarkeit von Wirkstoffen und Pflanzenschutzmitteln im Obstbau ist schon seit Jahren angespannt, verschärft sich jedoch mit jedem Monat weiter. Auf EU-Ebene sind seit 2014 bereits 119 PSM-Wirkstoffe ausgetestet und wurden nicht verlängert, wovon etwa 50 für den österrei-

chischen Anbau relevant waren. Derzeit wird über weitere Einschränkungen von Präparaten und Wirkstoffen (beispielsweise Captan und Kupfer) diskutiert, die im Obstbau derzeit kaum ersetzbar sind. Als Interessensvertretung bringen wir uns intensiv in diese Diskussion ein, vernetzen uns mit Organisationen in anderen Mitgliedsstaaten und engagieren uns sowohl in Österreich als auch auf EU-Ebene in Brüssel. Leider ist es angesichts negativer Bewertungen der Zulassungsbehörden wie der BAES oder der EFSA schwer einen Erfolg zu erzielen.

NEUE GENTECHNIK

Es bedarf dringend neuer Lösungen, doch allein die Tatsache, dass ein Zulassungsprozess für einen neuen Wirkstoff auf EU-Ebene im Durchschnitt elf Jahre dauert, lässt darauf schließen, dass wir die dringend benötigten, neuen Produkte nicht rechtzeitig erhalten werden. Eine mögliche Lösung, in diesem Zusammenhang, wären in Österreich umstrittene, neue genetische Methoden wie der Einsatz der „Gen-Schere“ CRISPR-Cas9.

Die EU-Kommission hatte vergangenes Jahr vorgeschlagen, dass Pflanzen, die mit modernen Gentechnikverfahren gezüchtet wurden, in der EU künftig in vielen Fällen ohne spezielle Kennzeichnung verkauft werden können. Von einer Lockerung der Vorgaben erhoffen sich die Befürworter etwa, dass die Landwirtschaft schnell Züchtungen einsetzen kann, die besser mit den Folgen des Klimawandels oder Krankheiten klarkommen. Obwohl dieses Thema auch in der Landwirtschaft nicht unumstritten ist, gibt es kaum einen Sektor, der neue Lösungsansätze so dringend benötigt wie der Obst- und Gemüsebau. Mit den neuen Techniken wäre es zum Beispiel möglich eine Schorfresistenz in unsere bekannten Obstsorten einzubringen ohne sonstige Eigenschaften zu verändern.

Während EU-Agrarminister Ende März versuchen einen Konsens zu finden, müsste das Vorhaben noch mit dem Europaparlament ausgehandelt werden, das sich im Februar auf seine Verhandlungsposition geeinigt hatte. Da im Sommer aber EU-Wahlen anstehen und unklar ist, welche Mehrheiten es danach im Parlament gibt, dürfte es erst nach den Wahlen im Juni zu finalen Verhandlungen kommen.

UNGLEICHER WETTBEWERB

Aufgrund der begrenzten Auswahl an Mitteln wird die heimische Produktion bestimmter Produkte praktisch unmöglich gemacht. Es schmerzt umso mehr, wenn Produkte aus dem Ausland nach Österreich importiert werden und diese mit Pflanzenschutzmitteln behandelt wurden, welche bei uns nicht erlaubt sind. Innerhalb der EU haben wir teilweise mit dieser Problematik zu kämpfen, doch noch kritischer ist dies bei Produkten aus Drittländern, wo beim Einsatz von PSM weder an die Umwelt noch an die Gesundheit von Anwendern oder Bevölkerung gedacht wird. Diese Produkte werden zu uns exportiert und nur stichprobenartig kontrolliert.

Diese Situation ist inakzeptabel. Aus diesem Grund fordert der BOV gemeinsam mit dem ÖBOG eine Senkung der Rückstandsgrenzwerte von Pflanzenschutzmitteln, die bei uns verboten sind, auf die Nachweisgrenze. Gleichzeitig muss das Zulassungssystem EU-weit vereinheitlicht werden, und es ist entscheidend sicherzustellen, dass neue Wirkstoffe rechtzeitig zugelassen und auf dem Markt verfügbar sind um die Eigenversorgung zu gewährleisten. Die Risikobewertung für Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe, die derzeit weit über internationalen Standards liegt, muss hinsichtlich ihres Nutzens und ihrer Auswirkungen auf den Markt überprüft werden. Dies dient dem Schutz der Konsumenten und dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produktion.